



MdB Astrid Grotelüschchen

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74608

Fax: +49 30 227-76608

E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de

17. Juli 2020

Grotelüschchen für Verkleinerung des Bundestages

Die hiesige CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschchen setzt sich erneut für eine Verkleinerung des Bundestages ein: „Seit Jahren stehe ich für eine Verkleinerung des Bundestags ein. Nicht nur, weil mich immer wieder Bürgerinnen und Bürger ansprechen, sondern weil ich es für sehr wichtig und einen noch größeren Bundestag für unzumutbar halte. In der Vergangenheit habe ich bereits die Vorschläge unserer beiden CDU Bundestagspräsidenten Lammert und Schäuble für gute Kompromisse gehalten. Eine Umsetzung wurde lange durch die kleineren Parteien, und leider auch durch die CSU, verhindert.“

Die jetzt vorliegenden, sehr einseitigen Vorschläge der Oppositionsparteien, wie etwa die Wahlkreise deutlich zu reduzieren und damit in der Fläche zu vergrößern, hält sie für bürgerfern: „Bereits jetzt sind ländliche Regionen im Bundestag unterrepräsentiert und Flächenwahlkreise wie unserer aufgrund ihrer großen Entfernungen schwer zu bewerkstelligen. Hinzu kommt, dass eine Neuaufteilung an vielen Stellen gewachsene Strukturen zerreißen und vor Ort zu Problemen führen würde.“ Dass die Zahl der Mandate über die Jahre so immens gewachsen sei, liege ja offensichtlich auch nicht an der Anzahl der Wahlkreise: „Die Zahl von 299 ist konstant. Die Überhang-, und Ausgleichsmandate nicht.“ Sie werden über die Reihenfolge der Listenplätze vergeben, das heißt, Parteipräferenzen entscheiden über ein Mandat. „Das Direktmandat erhält seinen „Auftrag“ vom Bürger, für mich der demokratisch stärkste Weg. Der Vorschlag, gewonnene Direktmandate nicht zuzuteilen, ist völlig absurd und dem Wähler nicht mehr zu vermitteln.“

Ganz ohne Verkleinerung wird es wohl nicht gehen, wirbt Grotelüschchen für einen Kompromiss: „Der vorliegende Vorschlag der Union skizziert daher einen sinnvollen Mittelweg, der eine Reduzierung auf 280 Wahlkreise und eine begrenzte Nichtzuteilung von Überhang bzw. Ausgleichmandaten vorsieht.“ Dieser Ansatz könnte für die Wahl 2025 beschlossen werden, aber auch eine Änderung zu 2021 wäre möglich: „Die Zeit wird knapp und eine Wahlkreisreform ist nicht so einfach! Gerne wäre ich jedoch zu einer Sondersitzung in der Plenarpause bereit, um sie für die dazu notwendigen Vorbereitungen zu nutzen“, so Grotelüschchen abschließend.